

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 6. bis 8. Januar 2016

MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN – BUNDESWEHR STÄRKEN

08.01.2016

Die Welt ist in den letzten zwei Jahren ein Stück weit aus den Fugen geraten – internationale Krisen und Konflikte haben ein seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr gekanntes Ausmaß erreicht. Mit Blick darauf hat die Bundesregierung auch die äußere Sicherheit wieder verstärkt in den Fokus genommen. Für die Bundeswehr bedeutet das eine zwingend notwendige Erhöhung der materiellen und personellen Einsatzbereitschaft. Deshalb muss 2016 für die Bundeswehr das Jahr der Entscheidungen werden.

Spätestens seit dem Beginn der Flüchtlingskrise dürfte jedem klar sein, dass Deutschland und Europa Risiken und Bedrohungen im Sinne der vernetzten Sicherheit dort begegnen müssen, wo diese entstehen. Daher trägt die CSU-Landesgruppe das verstärkte Engagement in Syrien, Afghanistan, Mali oder im Nordirak im Kampf gegen den Terrorismus mit. Zukünftig muss noch viel stärker als bisher die politische, diplomatische und entwicklungspolitische Prävention zur Verhinderung der Entstehung und Ausbreitung von Konflikten genutzt werden. Dies erfordert insbesondere auf der EU-Ebene weitaus bessere gemeinsame Aufklärung und Auswertung von sicherheitsrelevanten Erkenntnissen.

Darüber hinaus brauchen wir die Fähigkeiten der Bundeswehr auch weiterhin für Katastrophen- und Amtshilfeeinsätze im Inland, beispielsweise zur Versorgung von Flüchtlingen oder bei Überschwemmungen.

Die CSU ist die Partei der Bundeswehr, deshalb ist die CSU-Landesgruppe davon überzeugt, dass eine der Größe und Wirtschaftskraft Deutschlands entsprechende stärkere Übernahme von Verantwortung in unseren internationalen Bündnissen notwendig ist.

Diese umfassenden sicherheitspolitischen Aufgaben können nur von einer dafür technisch und auch personell voll einsatzfähigen Bundeswehr sichergestellt werden.

Die von uns zu Beginn der Legislaturperiode geforderte Trendwende für eine finanziell bessere Ausstattung der Bundeswehr ist bereits eingeleitet worden. Der Zuwachs im Verteidigungsetat wird allerdings in der Hauptsache durch Steigerungen der Betriebskosten für Personal, Rüstungsgüter und die Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung aufgebraucht. Daher müssen zusätzliche Mittel für den Einzelplan 14 eingeplant werden. Nur so ist es Deutschland auch möglich, seine Zusagen während des NATO Gipfels von Wales glaubhaft zu unterlegen.

Das von der CSU-Landesgruppe eingeforderte neue Weißbuch befindet sich auf einem guten Weg und soll Mitte 2016 im Kabinett beschlossen werden. Das Weißbuch dient als wichtige Grundlage für die strategische Ausrichtung Deutschlands und reflektiert seine wertegeleitete Sicherheits- sowie Friedenspolitik.

Insgesamt ist das Bundesministerium der Verteidigung auf dem richtigen Kurs. Die Maßnahmen zur Stärkung der Bundeswehr in der Gesellschaft, aber auch die stärkere Verlässlichkeit und Kooperation in der internationalen Sicherheitsarchitektur sind Beispiele dafür. Mit den Agenden Attraktivität und Rüstung wurden zwei wichtige Handlungsfelder angepackt, welche jedoch noch an Wirksamkeit zulegen müssen. Im Personal- und Beschaffungswesen wurde eine völlig neue Qualität der Transparenz eingeführt, die das Problembewusstsein auf Seiten des Parlaments, der Industrie und der Bundeswehr selbst stärkt und schärft. Daraus müssen noch in dieser Legislatur die richtigen Schlüsse gezogen und Entscheidungen getroffen werden.

Mehr Engagement hat weitreichende Konsequenzen für Umfang und Ausstattung der Bundeswehr. Die Soldatinnen und Soldaten, aber auch die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen alles an notwendigen Mitteln zur Verfügung gestellt wird, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Ausbildung und Ausstattung sind und bleiben Kern von einsatzbereiten Streitkräften. In diesem Zusammenhang fordern wir:

Bundeswehr personell besser ausstatten

Aufgrund der sicherheitspolitischen Lageveränderung, zunehmender internationaler Verpflichtungen und der Veränderungen beim Arbeitsschutz ist die Bundeswehr personell stark unter Druck und verfügt über kaum noch Reserven.

- ◆ Die neuen und zusätzlichen Anforderungen an die Bundeswehr können nur mit mehr zivilem Personal und mehr Soldaten erfüllt werden. Hierfür muss der Personalklarstand deutlich verbessert und die Personalobergrenze flexibilisiert werden.
- ◆ Nicht zuletzt wird die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie aufzeigen, an welchen Stellen der notwendigen Bundeswehrreform von 2011 noch Nachsteuerungsbedarf besteht und zusätzlicher Personalaufwand notwendig ist.
- ◆ Der Einsatz der Bundeswehr im Zuge der Flüchtlingshilfe führt die Truppe an eine zusätzliche personelle Belastungsgrenze. Diese wichtige Amtshilfe darf aber nicht auf Dauer angelegt sein, die Bundeswehr muss sich mittelfristig wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.
- ◆ Dem sich bereits abzeichnenden Mangel in einigen Spezialverwendungen kann mit Sonderanreizen bzw. eigenen Aufstiegs- und Karriereaufbahnen entgegen gewirkt werden.

Finanzielle und materielle Ausrüstung der Bundeswehr verbessern

Die aufgrund von Sparauflagen und zusätzlichen Aufgaben entstandenen materiellen Lücken müssen schnellstmöglich geschlossen werden.

- ◆ Die ausreichende Bevorratung und Bereitstellung von Ersatzteilen, Waffen und Munition muss noch in dieser Legislaturperiode eingeleitet und vertraglich verankert werden.
- ◆ Die Entwicklung und Beschaffung von ferngelenkten bewaffnungsfähigen Luftfahrzeugen muss deutlich beschleunigt werden. Bis dahin sind nicht nur für bevorstehende Einsätze wie z.B. in Mali erweiterte Aufklärungsfähigkeiten dringend notwendig. Sie sollten durch Prüfung der Nutzung vorhandener Potentiale (z.B. Eurohawk Full Scale Demonstrator) oder im Wege des Leasings von Drohnen kurzfristig realisiert werden

- ◆ Die Lieferung von Fahrzeugen, Waffen und Munition an die Peschmerga in den Nordirak aus Bundeswehrbeständen war eine richtige Entscheidung. Das abgegebene Material, insbesondere die Panzerabwehrraketen Milan, muss umgehend ersetzt oder eine entsprechende Fähigkeit der Truppe wieder zur Verfügung gestellt werden. Die hierfür benötigten Mittel dürfen nicht den Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums zusätzlich belasten.

Einsatzfähigkeit beginnt mit Ausbildung und Übung zu Hause

Ausbildungs- und Übungstätigkeit sind elementar für erfolgreiche Einsätze und leisten gleichermaßen einen wesentlichen Beitrag zur Abschreckung außerhalb des Bündnisses. Dauerhafte Einsätze wie beispielsweise die Luftraumüberwachung im Baltikum untermauern zusätzlich die Glaubwürdigkeit unserer Verantwortung im Bündnis und stärken den europäischen wie transatlantischen Zusammenhalt.

- ◆ Alle für die NATO sowie EU bestimmten Verbände der Bundeswehr sollten künftig bereits im Grundbetrieb mit dem entsprechenden Gerät vollständig ausgerüstet werden.
- ◆ Auch größere zeitliche Ressourcen sind für die Ausbildungs- und Übungstätigkeit zur Verfügung zu stellen.

Engagement im Bündnis

Das stärkere außen-, entwicklungs- und verteidigungspolitische Engagement der Bundesregierung ist zu begrüßen. Wer aber Lasten und Verantwortung übernimmt, sollte im Rahmen der Bündnispolitik die Sicherheitspolitik aktiv gestalten. Mit Blick auf den NATO-Gipfel in Warschau im Frühsommer 2016 können dabei von Deutschland wichtige sicherheitspolitische Impulse ausgehen:

- ◆ Im Rahmen der NATO müssen die bereits begonnenen militärischen Kooperationen mit verschiedenen Partnerationen weiter vorangetrieben werden, um letztlich die notwendige militärische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu intensivieren. Dazu gehört eine Wiederbelebung des Konzepts struktureller Zusammenarbeit („Pooling and Sharing“, Konzept der rahmengebundenen Nation) in Ausbildung und Fähigkeiten mit Bündnispartnern.
- ◆ Nach den jüngsten Terroranschlägen muss Europa jetzt zusammenstehen und mutig den Weg in eine Europäische Verteidigungsunion gehen. Militärische Stärke muss sichtbar sein. Dabei kann eine Europäische Armee – als starker europäischer Pfeiler in der NATO – das langfristige Ziel der Entwicklung sein.

Nationales Sicherheitskonzept und Einsatz im Inneren

Die CSU-Landesgruppe setzt sich für die Erarbeitung eines nationalen Sicherheitskonzeptes ein, das sowohl die innere wie auch die äußere Sicherheit umfasst.

- ◆ Mit einem nationalen Sicherheitskonzept können bei Großschadensereignissen oder Terroranschlägen alle Sicherheits- und Hilfsbehörden/-Organisationen zielgerichtet geführt und innerhalb Deutschlands koordiniert eingesetzt werden.
- ◆ Grundsätzlich muss der Einsatz der Bundeswehr im Inneren möglich sein und deshalb eine entsprechende Grundgesetzänderung ins Auge gefasst werden. Die Bundeswehr hat sich in ihren 60 Jahren als stabile und demokratische Institution unseres Landes bewährt. Historisch bedingte Vorbehalte gegen dieses Konzept sind angesichts dessen völlig unberechtigt.